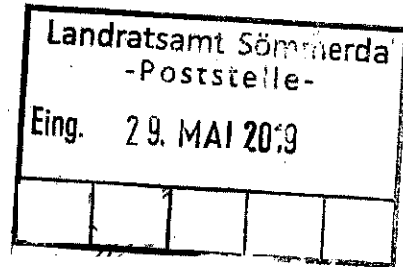


Hinweis der Landtagsverwaltung:

Die Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) zu der Beteiligendokumentation von 115 Einwohnern und zwei juristischen Personen des Privatrechts der Gemeinde Schlossvippach wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

256



Absender: _____

Maria Striehn

An das Landratsamt Sömmerda
 Kommunalaufsicht
 Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 29.05.19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss dass alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: _____

Waltgart Busch

Landratsamt Sömmerda				
-Poststelle-				
Eing. 28. Mai 2019				

Landratsamt Sömmerda				
Kommunalaufsicht				
Eingang: 29. MAI 2019				

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 27.05.19

**Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger
Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)**

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: _____

Mareile Busch

Landratsamt Sömmerda				
-Poststelle-				
Eing. 28. Mai 2019				

Landratsamt Sömmerda				
Kommunalaufsicht				
Eingang: 29. MAI 2019				

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 27.05.19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe. Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen. Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: _____

Siegfried Steuba

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Landratsamt Sömmerda					
Kommunalaufsicht					
Eingang 23. MAI 2019					

Datum: 20.5.19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

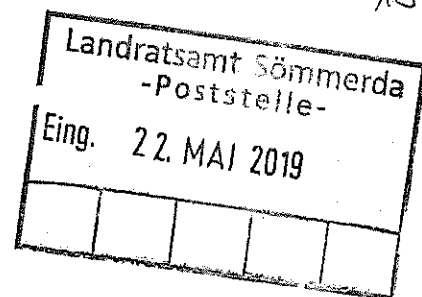
Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss dass alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

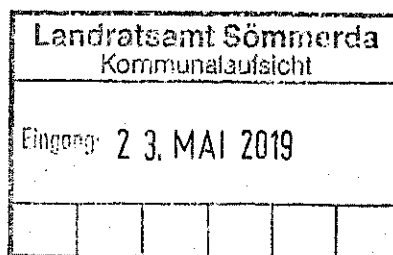


Absender: _____

Ingrid Steule

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda



Datum: 20.5.19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe. Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen. Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss dass alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: _____

Gunter Hesse

Landratsamt Sömmerda				
-Poststelle-				
Eing. 23. Mai 2019				

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Landratsamt Sömmerda				
Kommunalaufsicht				
Eingang: 24. MAI 2019				

Datum: 22.05.2019

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: _____

Janette Hornau

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 19.5.2019

**Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger
Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)**

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender:

Andie Ziesch

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum:

19.05.2019

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: S. Me...

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 19. Mai '19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender:

Heinrich Bickel

Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht

Eingang: 24. MAI 2019

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum:

2005 19

**Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger
Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)**

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Absender: _____

Roland Wellhöfer

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 22.05.2019

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: _____

Anneluise Hellhöfer

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 22.05.2019

**Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger
Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)**

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: REINER U. DOROTHEA

HÄRTER

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 20. 5. 2019

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss dass alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: Sandra Wellmer

Landratsamt Sömmerda Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 23.05.19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss das alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift

Absender: Andreas Wellhofer

Landratsamt Sömmerda					
Kommunalaufsicht					
Eingang: 24. MAI 2019					

An das Landratsamt Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße

99601 Sömmerda

Datum: 23.05.19

Erklärung im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Thüringer Gesetzes freiwilliger Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (Thüringer Landtag-DS6/6960 §11)

Eine Groß-VG ist keine zukunftsfähige Verwaltungsstruktur. Sie sichert weder die erforderliche Leistungsfähigkeit noch die eingeforderte Bürgernähe.

Die Befürworter der Groß-VG verfolgen keine Gemeinwohlinteressen, sondern vorrangig eigene bis hin zu persönlichen Interessen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Beschäftigte der Verwaltung sich persönliche Vorteile verschaffen, nur weil die Struktur der Verwaltungsgemeinschaft kaum demokratisch kontrollier- und steuerbar sind.

Der Zusammenschluss von zwei Verwaltungsgemeinschaften zu einer Groß-VG bringt nur sehr geringe Effekte. Letztlich wird nur ein VG-Vorsitzender eingespart. Diese Einsparungen werden aber durch die Fusionskosten mehr als überboten.

Die Bildung der Groß-VG wird durch das Land finanziell nicht gefördert. Die Gegner der durchaus vernünftigen Gebietsreform in Thüringen aus den jetzigen beiden Verwaltungsgemeinschaften haben es politisch zu verantworten, dass den zwölf Dörfern rund 2 Mio. EUR Fusionsprämie verloren geht. Zudem gehen den zwölf Dörfern jährlich rund 500.000 EUR Landeszuweisungen verloren, weil die Gemeindestruktur nicht den neuen Herausforderungen angepasst wird.

Bereits 2012 gab es eine Bürgerinitiative zum Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften. Die CDU hat das damals verhindert.

Würden sich die zwölf Dörfer zu einer Landgemeinde zusammenschließen, würde dies deutliche Mehreinnahmen zur Folge haben.

Zudem würde das Verwaltungshandeln effektiver werden. Das Ziehen persönlicher Vorteile für Einzelne wäre vorbei.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist unwirtschaftlich weil:

- Jede Gemeinde eigenständig bleibt, die Finanzkraft nicht gebündelt werden kann,
- Dadurch die VG jedes Jahr 13 Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten muss.
- Jede Gemeinde rund 20 Ortssatzungen (z.B. Friedhofssatzungen) hat, die immer wieder aktualisiert werden müssen, was enormen Aufwand verursacht.
- Es kann kein gemeinsames Auftrags- und Beschaffungswesen geben. Für jede Gemeinde müssen Beschaffungen und Aufträge gesondert vergeben werden.
- Die Rolle des VG-Vorsitzenden ist strittig. Dieser wird nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, hat aber letztlich auch die Entscheidungsgewalt über die Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Die Bürgermeister haben keine direkte Mitbestimmung bei Personal- und Verwaltungsentscheidungen der VG,
- Die zwölf Mitgliedsgemeinden müssen die VG vollständig finanzieren, ohne die Organisation der Verwaltung und damit die Kostenstruktur beeinflussen zu können.

Zudem ist geplant, dass die zwölf Gemeinden weitere Aufgaben auf die VG übertragen, u.a. Kindergärten, Feuerwehr, Bauhöfe.

Die Gemeinden bleiben damit für noch 5 Prozent der Gemeindegelder selbst zuständig. 95% fließen an den Landkreis und die VG. Was hat das noch mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einer Landgemeinde blieben die Gemeinden 65 Prozent der Gelder für eigene Entscheidungen. **Das heißt, dass die Eigenständigkeit der Gemeinden dadurch nicht mehr vorhanden ist.**

Die öffentliche Verwaltung steht vor enormen Umbrüchen. Bis 2021 muss die elektronische Akte eingeführt sein. Seit 2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Eine Groß-VG muss dass alles für jede der zwölf Gemeinden gesondert umsetzen. Da ist das Scheitern vorprogrammiert.

Seit zwei Jahren gibt es die Aufforderung an die beiden Verwaltungsgemeinschaften, die positiven Effekte der Fusion offenzulegen. Dieser Aufforderung wurde bisher nicht gefolgt. Warum?

Ohne Groß-VG besteht weiterhin die Option, zeitnah die Chancen der freiwilligen Gebietsreform zu nutzen. Kommt die Groß-VG, profitieren wenige und für lange Zeit ist die Bildung sinnvoller und leistungsfähiger Gemeindestrukturen unwahrscheinlich. Die Gemeinden gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einzelnen Amtsträgern.

Deshalb: sage ich NEIN zur Groß-VG.

Unterschrift